



"Alle seit der Jahrtausendwende eingeführten Sicherheitsgesetze und -maßnahmen müssen überprüft werden. Die Laufzeit von Sicherheitsgesetzen und -maßnahmen muss im Regelfall auf 5 Jahre begrenzt werden."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 16-18, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19





"Die jetzige Verschärfung im Zuge der DSGVO Anpassung sehen (...) eine Ausweitung der Anwendung des Staatstrojaners vor. Dabei kann nicht nur – wie jetzt schon - die laufende Kommunikation überwacht werden, sondern es kann auch auf alle anderen Daten auf den jeweiligen Systemen zugegriffen werden. Somit würde ein bloßer Verdacht für schwere Eingriff in die Privatsphäre ausreichen."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 43-48, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19



## Ein paar Gedanken zur Quellen TKÜ, Online Durchsuchung und dem Einsatz von Staatstrojanern

## Quellen-TKÜ:

auf technische Geräte wird ein Schadprogramm gespielt, um die laufende Kommunikation zu überwachen (bevor sie verschlüsselt wird).

- → Eingriff in Kernbereich der Privatsphäre
- → Bedingungen schwammig, ein bloßer Verdacht kann ausreichen
- → Polizei muss Sicherheitslücken in Software ausnutzen, von denen die Hersteller nichts wissen, Problem der Anwendbarkeit
- → Solch eine Software ist auch ziemlich schwierig zu erstellen, Frage ist hier auch, wie man zwischen Quellen TKÜ und Online Durchsuchung unterscheidet



## 123ABC

"Wir fordern eine anonymisierte Kennzeichnung der Polizei, um im Bedarfsfall 'Schwarze Schafe' leichter zu identifizieren ohne, dass in die Persönlichkeitsrechte der Polizist\*innen eingegriffen wird."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 67-69, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19





"Das parlamentarische Kontrollgremium hat in Baden Württemberg die Kontrolle über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes. Es kann nicht sein, dass hier jedoch alle Informationen streng vertraulich sind. Das Gremium muss die Möglichkeit haben zu entscheiden, ob und welche Informationen öffentlich verfügbar gemacht werden. Es muss möglich sein, dass das Gremium öffentlich tagen kann, um mehr Transparenz bei Vorgängen des Verfassungsschutzes zu ermöglichen."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 119-124, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19



"Baden-Württemberg muss Aktivist\*innen schützen.

Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Gut in unserer

Demokratie. Wir fordern die Entkriminalisierung von

Sitzblockaden und ein Verbot von chemischen Reizstoffen auf Demos."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 217-219, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19



"Bürger\*innen müssen transparent in einem öffentlichen Register einsehen können, wo Videoüberwachung stattfindet. Außerdem muss auch vor Ort die Videoüberwachung transparent gemacht werden und unter der Kamera erklären, wozu sie dort hängt und was sie tut. Das gilt insbesondere für die Kennzeichnung von Videoüberwachung mit künstlicher Intelligenz."

Aus "Angst vor Freiheit?", Zeile 172-177, Leitantrag der Grünen Jugend Baden-Württemberg beschlossen am 19.05.19



## Ein paar Gedanken zur Videoüberwachung und Kl...

Schwierigkeit der Umsetzung

Was passiert, wenn die Kl automatisch die Polizei ruft, weil sie eine bestimmt Gruppe von Menschen als auffällig bewertet?

Interpretationsmöglichkeiten immer noch extrem begrenzt

Machine Learning Algorithmen konvergieren immer noch relativ schnell zu Stereotypen

